

Zu Punkt **8.10**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
24.6.2021



Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 02. Juni 2021

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 24.6.2021

Zukunft - Energie und Wirtschaft

Seit Februar 2020 beeinflussen die Corona-Maßnahmen massiv das Leben in Österreich. Durch die Lockdown-Politik wurde die heimische Wirtschaft entscheidend geschwächt. Viele Unternehmer wurden zur Untätigkeit gezwungen und warten als Bittsteller auf längst versprochene Ersatzleistungen, während viele Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz entweder verloren haben oder um ihre Arbeitsstellen bangen und oft unter reduziertem Lohn in der Kurzarbeit leiden. Gleichzeitig schwächen überschießende Klimaziele der EU und der Bundesregierung die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich.

So werden unter dem Deckmantel "Klimaschutz" im Schatten der Corona-Krise utopische Maßnahmen vorangetrieben, die unseren über Jahrzehnte erarbeiteten Wohlstand massiv gefährden. Es wird schlichtweg negiert, dass dieser europäische Wohlstand zu einem großen Teil auf energieintensive Industriebetriebe sowie auf die Automobilindustrie zurückzuführen ist. Betriebsschließungen und Abwanderungen von Konzernen nehmen zu, wodurch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren gehen.

Klar muss sein: Wir brauchen eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und dadurch das notwendige Steueraufkommen sicherstellt, damit unser Sozialstaat und ein intaktes Gesundheitssystem finanzierbar sind. Deshalb muss die Politik gerade in der Krisensituation alles tun, um unseren Standort durch eine attraktive Wirtschafts- und Energiepolitik nicht zu schwächen, sondern zu stärken.

Dazu stellen wir folgende Forderungen auf:

1. Umweltschutz mit Hausverstand

Während sich Europas Wirtschaft mit Gold Plating im Umweltschutzbereich selbst schwächt, baut China seine industrielle Vormachtstellung auf dem Rücken der Umwelt weiter aus. China ist für ein Drittel des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich und ignoriert internationale Umwelt-Abkommen. Globale Zusammenhänge können nicht national gelöst werden.

Die Freiheitliche Wirtschaft steht für Umwelt- und Klimaschutz mit Hausverstand und Weitsicht. Wir lehnen eine grüne Politik der Verbote und Belastungen, die unseren Standort schwächt, ab und treten für Umwelt- und Klimaschutz durch Anreize und Innovation ein.

Unsere Wirtschaft und unser Land vertragen keine Radikaldiät. Es bleibt eine Utopie, energieintensive Industrie, wie beispielsweise die VOEST-Alpine, vollständig mit erneuerbarer Energie zu betreiben. Sinnvolle und gemäßigte Maßnahmen, beispielsweise durch treffsichere Förderungen und Anreize, werden von uns begrüßt.

2. Wettbewerbsfähige Wirtschaftspolitik als Grundlage für Wohlstand

Umweltschutz darf kein K.O.-Kriterium für Industrie und Betriebe werden. Der Wirtschaftsstandort Österreich muss attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben. Jedenfalls gilt es zu vermeiden, dass durch überzogene Umwelt- bzw. Klimaschutzbestimmungen österreichische Unternehmen im internationalen Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Dies führt zur Auslagerung von Produktionsstätten und zum Warenimport aus Ländern, deren Umweltschutzbestimmungen teilweise deutlich unter dem liegen, was in Österreich bereits heute Standard ist.

Die Freiheitliche Wirtschaft steht zu einem starken Wirtschaftsstandort Österreich mit fairen Entlohnungen und guten Arbeitsbedingungen. Der Wohlstand in unserem Land ist vor allem auf Innovation und hohe Leistungsbereitschaft der Österreicher zurückzuführen. Wirtschaftswachstum und Konkurrenzfähigkeit bedeuten sichere Arbeitsplätze. Deshalb sind Anreize für Betriebe zu schaffen, damit unser Standort langfristig abgesichert und aufgewertet wird.

3. Entlastung statt neue Radikalsteuern zu Lasten unserer Bürger

Neue Steuerbelastungen lehnen wir entschieden ab! Österreich ist schon jetzt ein Hochsteuerland. Wir brauchen deshalb Entlastungen statt neue Radikalsteuern zu Lasten unserer Leistungsträger. Denen wollen wir eine Stimme geben und stellen uns daher klar gegen zusätzliche Belastungen, die zudem den Wirtschaftsstandort schwächen.

Daher lehnen wir das angekündigte Klimaschutzgesetz, das eine automatische Erhöhung der Mineralölsteuer vorsieht, wenn die überschießenden Klimaziele nicht erreicht werden, entschieden ab. Auch die Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) ist ein Übel, denn sie belastet insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen massiv beim Neukauf von Fahrzeugen mit mehreren tausend Euro.

4. Stabile Energieversorgung als sicherheitstechnische Notwendigkeit

Während weltweit eine besorgniserregende Renaissance der problembehafteten Atomkraft feststellbar ist und insbesondere in Afrika und Asien Kohlekraftwerke aus dem Boden schießen, stellt Europa sogar sichere und verlässliche Gaskraftwerke in Frage. Unsere Energieversorgung muss krisensicher auf mehrere Standbeine gestellt werden. Potentiell gefährliche, einseitige Abhängigkeiten müssen wir vermeiden. Auch in Bezug auf Heizsysteme sollte eine sozial verträgliche Wahlfreiheit erhalten bleiben.

Die Wetterabhängigkeit bei erneuerbaren Energien sorgt für schwankende Stromgewinnung. Dadurch steigt der Strompreis und das Netz wird instabiler, Krisenszenarien wie "Blackouts" werden wahrscheinlicher. Eine ausgewogene und stabile Energiegewinnung sowie Investitionen in den Netzausbau sind daher eine unumgängliche, dauerhafte Notwendigkeit.

Eine flächendeckende Absicherung der Wasserversorgung mit Notstrom sowie umfassende Informationskampagnen für ideale Selbstvorsorge sind dringend erforderlich. Kasernen sollen zu "Sicherheitsinseln" ausgebaut werden, die den Einsatzkräften bei Krisenfällen unabhängige Energie- und Wasserversorgung, Lagerkapazitäten sowie Bevorratung mit relevanten Versorgungsgütern bieten.

5. Kein starrer Fokus auf E-Mobilität

Elektroautos sind teuer in der Anschaffung und bereiten in der Erzeugung und Entsorgung große Probleme für die Umwelt. Statt den Fokus starr auf E-Mobilität zu legen, fordert die Freiheitliche Wirtschaft den Erhalt und die effiziente

Weiterentwicklung von allen Antriebsarten (Elektro, Wasserstoff, Verbrennung) und die Einbindung von E-Fuels. Ein Verbot von Dieselmotoren lehnen wir strikt ab.

Die unterzeichnenden Delegierten der Freiheitlichen Wirtschaft stellen daher folgenden

ANTRAG

Die Organe der Wirtschaftskammer werden aufgefordert, die Zukunft der österreichischen Wirtschaft zu sichern, auszubauen und zu stärken und die oben genannten Forderungen vehement bei der Bundesregierung einzufordern!


Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident


Patrick Ortlieb
WP-Delegierter


Reinhard Langthaler
WP-Delegierter